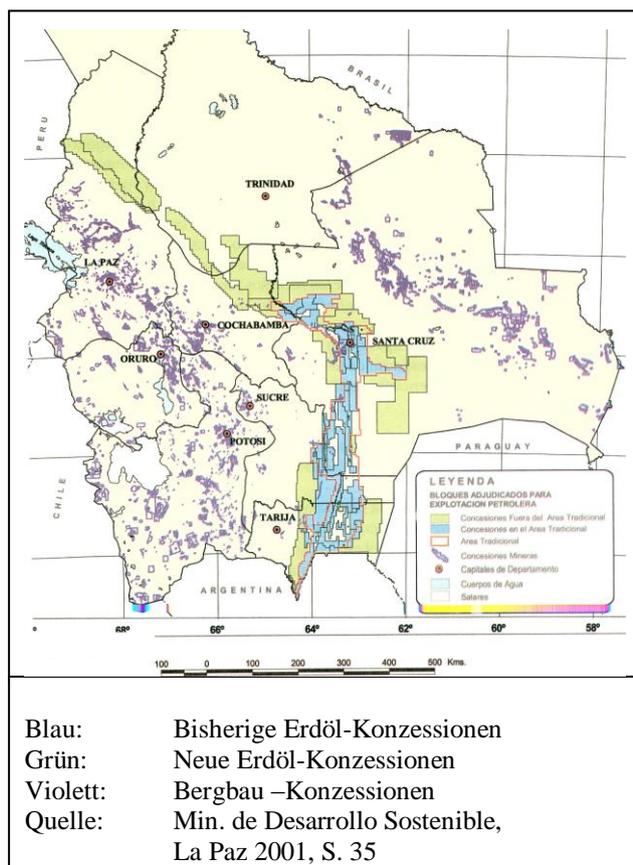


FÖRDERUNG FOSSILER ENERGIE UND
MITSPRACHE DER BEVÖLKERUNG IN BOLIVIEN
(Wolfgang Schoop / Aachen)

Erdöl- und Erdgas-Förderung im Rückblick¹

Die ersten Erdölfunde in Bolivien gehen auf das Jahr 1913 zurück, als man am östlichen Andenfuß bei Cuevo (Departement Tarija) fündig wird. Bereits 1921 wird das erste Erdölgesetz für Bolivien erlassen. Wenige Jahre später wird Bolivien in einen Krieg mit seinem Nachbarn Paraguay hineingezogen (1932-35). Dieser Bruderkrieg geht um vermutete Ölvorhaben im Chaco und kostet mehr als 250.000 Menschen das Leben. Er endet für Bolivien - wie alle Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern seit Beginn der republikanischen Ära (1825) - mit großen Gebietsverlusten.² Seit dieser Zeit gehört der überwiegende Teil der Trockenregion des Chaco zu Paraguay. Allerdings befinden sich die wichtigen Erdöl- und Erdgasfelder dieser Region in der subandinen Zone, die bei Bolivien

Abb. 1: Erdöl- und Bergbau-Konzessionen in Bolivien



¹MIRANDA P., Carlos, "Cincuenta años de legislación petrolera en Bolivia", in: *Tinkazos* (La Paz 2005), Jg. 8, No. 18, S. 9 – 29.

²MESA DE, José / GISBERT, Teresa / MESA G., Carlos D., *Historia de Bolivia, Quinta edición actualizada y aumentada*, La Paz 2003 ,S. 567 f.

verblieben ist. Die Felder erstrecken sich vom Norden von Santa Cruz über die Andenfußgebiete der Departements Chuquisaca und Tarija bis hin zur argentinischen Grenze. (Abb. 1).³

Im Laufe des 20. Jh. werden insgesamt fünf weitere Erdölgesetze erlassen, in denen abwechselnd Tendenzen zur Nationalisierung bzw. zur Privatisierung zum Durchbruch kommen. Der erste Nationalisierungsschritt wird kurz nach dem Chacokrieg im Jahre 1936 vollzogen. Es wird eine staatliche Behörde YPFB (Yacimientos Petrolíferos Fiscales de Bolivia) gegründet, die nach der Nationalisierung der Standard Oil Company das De Facto - Monopol des Staates wahrnehmen sollte. Doch geht es in dieser Zeit noch um eine sehr bescheidene Produktion; denn die Eigenversorgung des Landes wird erst 1954 gesichert. (Abb. 2).

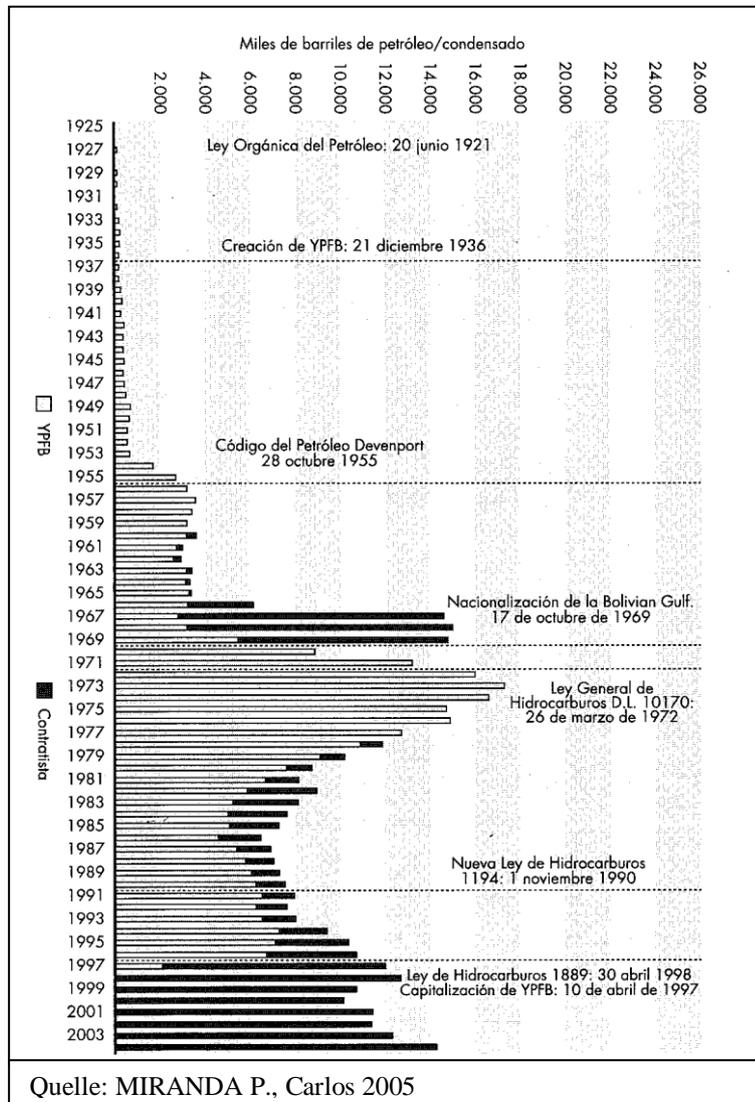
| Abb. 2: Erdölgesetzgebung in Bolivien | | |
|--|--------------------------------------|--|
| Jahr | Bezeichnung des Gesetzes | Bemerkung |
| 1921 | Ley Orgánica del Petróleo | Erstes Erdölgesetz |
| 1936 | | Gründung von Yacimientos Petrolíferos Fiscales de Bolivia (YPFB) |
| 1937 | | Nationalisierung der Standard Oil Company |
| 1955 | Código de Petróleo Davenport | Öffnung für den Privatsektor |
| 1969 | | Verstaatlichung der Bolivian Gulf Oil Company (BOGOC) |
| 1972 | Ley General de Hidrocarburos (10170) | Entschädigung von BOGOC geregelt |
| 1990 | Nueva Ley de Hidrocarburos (1194) | Anreize für Privatinvestoren |
| 1996 | Ley de Hidrocarburos (1889) | 76 Verträge mit ausländischen Investoren |
| 1997 | | Kapitalisierung von YPFB |
| 2005 | Proyecto de Ley de Hidrocarburos | Gesetzesentwurf genehmigt |
| Quelle: MIRANDA P., Carlos, 2005, S. 9 f. u.a. | | |

Es ist erstaunlich, dass nach der großen Revolution von 1952 (mit Verstaatlichung der Minen und anschließender Agrarreform) ein freizügiges Erdölgesetz die Öffnung für den Privatsektor einleitet. Dieses von den Nordamerikanern beeinflusste Gesetz (1955), der so genannte Codex Davenport, ermöglicht eine offene Gestaltung der Verträge mit ausländischen Investoren. Das Gesetz sieht eine Zweiteilung des Landes vor. Ein Reservegebiet steht YPFB zur Verfügung, die übrigen Landesteile werden an die Investoren

³ Ministerio de Desarrollo Sostenible y Planificación et al., *Lineamientos de Políticas de Ordenamiento Territorial en Bolivia*, La Paz 2001, S. 36.

vergeben. Im Einzugsgebiet von Santa Cruz werden von der Bolivian Gulf Oil Company (BOGOC) die ergiebigen Felder von Caranda, Río Grande und Colpa (auch für Gas) entdeckt und ausgebaut⁴. (Abb. 3).

Abb. 3: Historische Entwicklung der Erdölförderung



Die Konzessionsempfänger können überdies ihre eigenen Pipelines und Raffinerien errichten. So baut BOGOC eine Pipeline von Sica Sica bis nach Arica (Chile), wo man bis heute die angelegten Hafenanlagen nutzt. Es entstehen Verbindungen von Caranda nach Sica Sica und vor allem auch eine Gaspipeline zur argentinischen Grenze (Yacuiba), wo das Gas vom Río Grande ins argentinische Netz eingespeist werden soll.

Die Unternehmen müssen 11 % Royalties (Regionalabgaben an das betreffende Departement) und 35 % Gewinnsteuern an die Zentralregierung zahlen. Ihrerseits sind sie von allen Importsteuern befreit. Die Regionalsteuern, auch Regalías genannt, bedeuten für Santa Cruz

⁴ PACHNER, Heinrich / SCHMID, Andreas, „Bolivien. Potenziale und Probleme eines südamerikanischen Entwicklungslandes“, in: *Geographische Rundschau* (2004), Bd. 56, 3, S. 59 – 64.

einen enorm wichtigen Impuls. Die neu geschaffene Entwicklungsbehörde von Santa Cruz (Corporación de Desarrollo de Santa Cruz / CORDECRUZ) kann in der Stadt und im Hinterland Hunderte von Infrastruktur-Projekten (im Bereich Wasser, Elektrizität, Straßen, Krankenstationen etc.) in die Wege leiten. Damit hat die Erdölwirtschaft in hohem Maße zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Departement Santa Cruz beigetragen.

Im Jahre 1969 findet in Bolivien zum zweiten Mal eine Nationalisierung der Erdölindustrie statt. Allerdings hat dieser Vorgang nicht in dem Maße die Zustimmung der Bevölkerung erhalten wie die Nationalisierung 1937. Innerhalb von 24 Stunden werden die Ölfelder und die Büros der BOGOC vom Militär besetzt und alle Anlagen an die staatliche Behörde YPFB übergeben. BOGOC antwortet mit einem Stopp der Produktion. Zudem ziehen die Geldgeber für den Pipelinebau nach Argentinien (Weltbank u.a.) ihre Zusagen zurück, was unmittelbar die Stilllegung des Pipelinebaus bedeutet.

Im Jahre 1972 können die Verhandlungen über die Entschädigung der Bolivian Gulf Oil Company (BOGOC) abgeschlossen werden, wodurch der Weg frei wird für ein neues Erdölgesetz. Diese Verhandlungen haben sich über die Regierungszeit sehr unterschiedlicher Regierungen hingezogen: Es sind die Regierungen unter Alfredo Ovando (Mitte links), Juan José Torres (links) und Hugo Banzer (damals weit rechts). Das zeigt, dass die Nutzung der Einnahmen aus Erdöl und Erdgas nicht Sache einer politischen Richtung ist, sondern ein Anliegen der gesamten Nation.

Das Gesetz (Ley General de Hidrocarburos) wird März 1972 verabschiedet. Bereits einen Monat später kann die Gaspipeline nach Argentinien fertig gestellt werden. In dem Gesetz strebt man an, die Prospektionen mit Hilfe privater Investoren weiter zu führen. Doch sichert sich der Staat das Eigentum über alle Reserven. Das Konzept der Konzessionen wird gestrichen. Dafür führt man neue Operationsverträge ein, in deren Rahmen die Privatinvestoren ein bestimmtes Feld auf ihr eigenes Risiko hin untersuchen. Bei positivem Ergebnis wird die Produktion an YPFB übergeben und der Vertragspartner in einer vorher festgelegten Form ausbezahlt. Dieses Gesetz erhält die volle Unterstützung der öffentlichen Meinung im Lande und sehr schnell auch die Zustimmung der internationalen Gemeinschaft. Es ist die Zeit der schnell steigenden Ölpreise, die dem Lande zugute kommen. Etwa zwanzig Firmen kommen ins Land und machen Versuchsbohrungen in allen Departements.

Doch werden in den folgenden Jahren keine größeren Funde verzeichnet. Selbst der rapid steigende Eigenbedarf im Lande kann nicht mehr befriedigt werden. So wird im Jahre 1990 ein weiteres Gesetz erlassen (Nueva Ley de Hidrocarburos), das deutlich Anreize für Privatinvestoren enthält. In diesem Zusammenhang werden einerseits die Gewinnsteuern (auf 19%) gesenkt, zum anderen können die Investoren bei erfolgreicher Suche zusammen mit YPFB einen Förderverbund bilden.

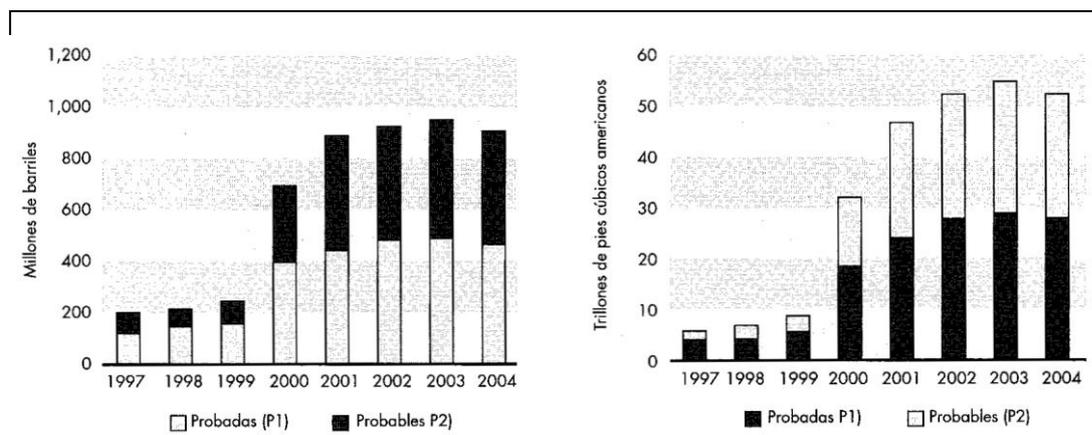
In den neunziger Jahren, vor allem auch im Wahlkampf des Jahres 1993, werden Vor- und Nachteile einer Nationalisierung in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. Ein neues Gesetz (Ley de Hidrocarburos 1889) sollte 1996 über die Förderung privater Investitionen die Suche nach Gasreserven voranbringen und auch den Bau von Pipelines ermöglichen. Das Gesetz unterscheidet vorhandene und neue Ölfelder. Während bei den vorhandenen Feldern die Steuern insgesamt 50% betragen, sind bei den neuen Claims nur 18% vorgesehen. Damit wird die Situation der Privatfirmen verbessert. Die internationalen Firmen weiten ihre Aktionsbereiche aus, neue kommen ins Land. Besondere Bedeutung haben Petrobras (Brasilien), Total (Frankreich), BG Group (Großbritannien), Repsol (Spanien) etc.

Der Staat behält seine Kontrolle über Raffinerien, Pipelines und Abfüllanlagen für Naturgas bei. Das Gesetz weist explizit auf die Rolle der staatlichen Behörde (YPFB) hin, die für die Begleitung von Exploration und Produktion der fossilen Energieträger verantwortlich zeichnet. Im Jahre 1999 werden auch die Raffinerien privatisiert. YPFB zieht sich im Jahre 2001 völlig aus der Industrialisierung der fossilen Energieträger zurück. Auch das Abfüllgeschäft für Flüssiggas wird in private Hände gelegt.

Sicherung von Reserven und Vermarktung

Mit dem jüngsten Erdölgesetz von 1996 geht die Verantwortung für Prospektion und Förderung von Erdöl und Erdgas auf internationale Kontraktpartner über. Unter dem Schutz des Gesetzes werden insgesamt 76 Joint Venture - Verträge mit ausländischen Investoren abgeschlossen. Damit wird eine bis dahin nicht gekannte Dynamik im Bereich der Prospektion ausgelöst. In den Jahren 1998 und 1999 steigen die jährlichen Explorationskosten auf über 370 Mio. US-\$, das bedeutet den fünffachen Wert des Jahres 1996⁵. Die Erfolge lassen nicht lange auf sich warten: Die neu entdeckten Reserven von Erdöl und Erdgas steigen im Jahre 2000 sprunghaft an. Die geprüften und die vermuteten Reserven überschreiten bei Erdöl 900 Mio. Barrels und bei Erdgas 50 Trillionen Kubikfuß. (Abb. 4). Insgesamt ist von einer Gasreserve in der Größenordnung von einem Wert von 200 Milliarden US-\$ die Rede. Das entspricht etwa der 40 fachen Menge des nationalen BIP in Bolivien.⁶

Abb. 4: Reserven von Erdöl und Erdgas in Bolivien

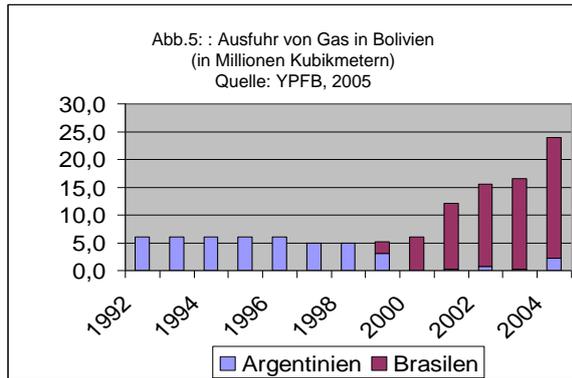


Quelle: MIRANDA P., Carlos, 2005, S. 21.

Aber auch die Förderung und vor allem die Ausfuhr von Erdgas zeigen eine sprunghafte Entwicklung. (Abb. 5). In den neunziger Jahren werden jährlich nur 5 - 6 Mio. Kubikmeter Erdgas ausgeführt. Diese Exportmenge steigt dann 2002 auf 16 Mio. Kubikmeter an, um im Jahre 2004 sogar 24 Mio. Kubikmeter zu erreichen. Der Exportwert erreicht mit 328 Mio. US-\$ (2002) eine bis dahin unbekannte Höhe. So ist es nicht erstaunlich, dass Erdöl und

⁵ PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) (Coord. GRAY M., George), *Informe Temático sobre Desarrollo Humano. La economía más allá del gas*, La Paz 2005, S. 155.

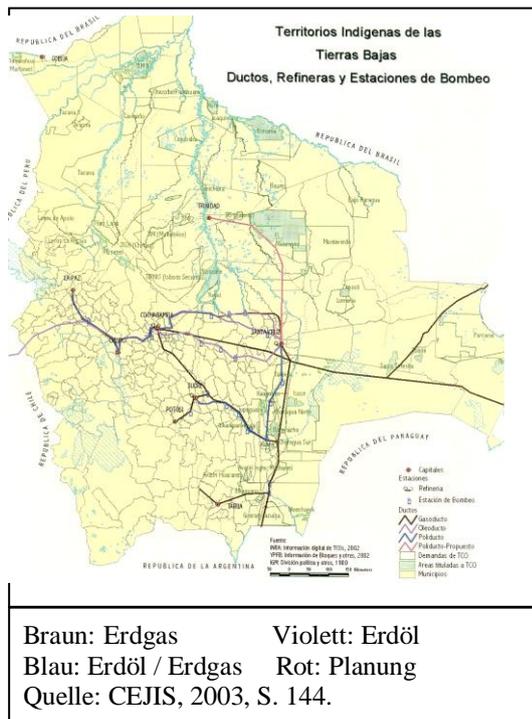
⁶ ORGAZ G., Mirko, 2004, S. 339.



Erdgas in den Jahren nach 1999 wichtige andere Güter (Landwirtschaftliche und bergbauliche Produkte) von den vorderen Plätzen der Exportstatistiken verdrängen können.⁷

Gasreserven befinden sich vornehmlich in den Departements Santa Cruz und Tarija, wobei die künftigen Felder von Tarija als etwa neunmal ergiebiger eingeschätzt werden als die von

Abb. 6: Netz der Erdöl- und Erdgaspipelines



Santa Cruz. Das bedeutet für die Stadt Tarija, die bereits als „Metropole der Zukunft“ bezeichnet wird, einen enormen Impuls für die städtische Entwicklung. Besonders wird im

⁷ IBCE (Instituto Boliviano de Comercio Exterior), *Compendio Estadístico de Comercio Exterior. Bolivia 1980 – 2002*, La Paz 2003, S. 63.

Lediglich Industrielle Güter (Textilien, Lederprodukte, Holzwaren etc.) stehen noch vor den fossilen Energieträgern. Doch ändert sich diese Position im Jahre 2005: Ausfuhr Industrieller Güter 765 Mio. US-\$ und Fossile Brennstoffe 1.027 Mio US-\$ (DEBER, 24.12.05).

Departement Tarija die Stadt Villa Montes, wo drei wichtige Erdgasfelder liegen, in naher Zukunft alle Attribute einer Boom Town auf sich vereinen.⁸

Zur gleichen Zeit wird das Pipelinennetz erweitert. (Abb. 6). Die Leitungen zeichnen die Andenfußzone mit den wichtigsten Erdöl- und Gasfeldern nach. Vor allem stellen sie eine Verbindung zu den Bevölkerungszentren des Landes her (Sucre/Potosí, Cochabamba, Oruro/La Paz). Als letzter Schritt wird zwischen dem tropischen Tiefland (Chapare) und dem andinen Landesinneren (Cochabamba) eine Mehrfach-Pipeline (poliducto) gebaut.

Wichtig für den Export sind die Verbindungen mit dem Ausland. Im Jahre 1998 wird eine 32-Zoll-Leitung zwischen dem Gasfeld am Río Grande und der brasilianischen Grenze (Puerto Suarez / Corumbá) gebaut. Mit der weiterführenden Gasleitung nach Sao Paulo und Porto Alegre bildet diese Pipeline das größte Infrastrukturvorhaben seiner Art in Lateinamerika. Eine Abzweigung auf der Höhe von Santa Teresita führt durch die östliche Chiquitanía und wird in Brasilien bis Cuiabá weitergeführt. Im Süden wird die seit dreißig Jahren bestehende Gasleitung durch eine neue Röhre bis zu argentinischen Grenze ergänzt. Doch ist die Ausfuhrmenge von Naturgas nach Brasilien (2004) etwa zehnmal so hoch wie nach Argentinien.

Beim Bau der Pipeline durch die Chiquitanía in Richtung Cuiabá kommt es 2001 zu einem Eklat. Die Baufirmen haben sich mit einem Konsortium von Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) abgestimmt und mit ihnen einen Sozialfonds für die Bevölkerung ausgehandelt. Doch haben die Partner die betroffenen indigenen Gruppen (Chiquitanos, Ayoréos) nicht in der gebührenden Form einbezogen. Die Indigenen legen Protest ein und erreichen den Rückzug der NRO. Sie belegen selbst die Umweltschäden in den Wäldern und Lagunen ihres Gebietes, wie z.B. Erosion, Einschränkung der Biodiversität und Gefährdung des touristischen Potentials. Bei den Verhandlungen können sie einen verbesserten Entschädigungsfonds für die regionale Entwicklung ihres Gebietes durchsetzen.⁹

Kapitalisierung als neue Form der Privatisierung

Mitte der neunziger Jahre werden unter Sanchez de Lozada eine Reihe von Reformgesetzen erlassen, die der Bevölkerung mehr Mitsprache auf kommunaler Ebene ermöglichen sollen. Es sind in erster Linie die Gesetze zur Dezentralisierung und zur Volksbeteiligung (Ley de la Descentralización, Ley de la Participación Popular)¹⁰. 1996/97 wird in diesem Kontext auch der Prozess der so genannten Kapitalisierung (Ley de la Capitalización) eingeleitet, bei dem Aspekte der Privatisierung mit Aspekten der Beteiligung der Bevölkerung verbunden werden sollen.¹¹ Das Gesetz erstreckt sich auf die Unternehmen in den Branchen Transport, Telekommunikation und Energie. Damit sind auch der Erdöl- und Erdgassektor in diese

⁸ ZARATTI S., Francesco, "Reservas y Mercados del Gas Natural Boliviano", in: *Artículo Primero. Revista de Debate Jurídico y Social* (La Paz 2004), Jg. 8, No. 15, El gas y el destino de Bolivia, S. 221 – 231 PNUD, 2005, S. 155 f.

⁹ Es ist wohl kein Zufall, dass die Trasse der Pipeline an der Mine Don Mario vorbeiführt, die dem damaligen Präsidenten Sanchez de Lozada gehört. CORTES F., Jorge / TITO V., Henry, 2004, S. 356.

Zur Thematik Erdöl und Indigene vgl. ANGULO, Gildo, 2004, S. 377 f. und DE LA FUENTE, José / VILLARROEL Elena K., 2004, S. 1-145

¹⁰ FES (Friedrich-Ebert-Stiftung), ILDIS et al., *Municipalización: diagnóstico de una década. 30 investigaciones sobre Participación Popular y Descentralización*, 2 Bde., La Paz 2004.

¹¹ VIEFHUIS, Dalia, *Diez años de capitalización y su impacto en el desarrollo de Bolivia: El ejemplo del sector de los hidrocarburos*, (RENACE Manuskript), La Paz 2005.

Privatisierungsvorhaben einbezogen. Der Impuls hierzu geht von den internationalen Organisationen aus (Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank etc.), die einer Förderung staatlicher Vorhaben nur bei entsprechender Beteiligung des Privatsektors zustimmen wollen.

Beim Vorgang der Kapitalisierung wird eine Gesellschaft gegründet, bei der man drei Gruppen von Aktionären unterscheidet. Es gibt den Hauptaktionär (mit 50% der Stimmen), hier meist eine ausländische Firma, sowie als weitere Beteiligte die Arbeiter (<2%) und den Staat. Der Staat vertritt seine Bürger/innen, die über >21 Jahre alt sind. Die Dividenden werden je nach Stimmenanteil verteilt. Aus dem Anteil des Staates erhalten die bolivianischen Bürger/innen >65 Jahre einen Bonus, Bonosol genannt, der einmal im Jahr ausbezahlt wird. Für diese „Rentenzahlung“ zeichnet ein Schweizer Pensionsfonds verantwortlich. Dieser Fonds speist sich zusätzlich aus den Beiträgen von Mitgliedern (hier 900.000 bolivianische Bürger/innen). Im Jahr 2005 stammen drei Viertel der Dividenden aus den Branchen Telekommunikation und Energie. Die anderen kapitalisierten Gesellschaften arbeiten mit geringerem Erfolg.

Das Konzept der Kapitalisierung wird von der Öffentlichkeit nicht so heftig abgelehnt wie seine Umsetzung. Die Kritiker verweisen auf folgende Defizite:¹²

- Fehlende Transparenz, unverhohlene Korruption,
- Verträge, die zugunsten der Erdölfirmen geschlossen worden sind,
- Keine ausreichende Vertretung der Bürger/innen in den Gremien des Pensionsfonds,
- Weitgehende Unkenntnis bei den Bürgern/innen bzgl. der Kapitalisierung,
- Nicht eingehaltene Arbeitsschutzgesetze in den neuen Gesellschaften.

Es wird ferner daran erinnert, dass die neuen Firmen bei ihrer Umstrukturierung nicht auf nationale Produkte zurückgegriffen hätten. Zudem seien viele Arbeitskräfte (70% - 80%) bei der Neugründung der Firmen entlassen worden. Ganze Regionen (Camiri wird genannt) seien verarmt.¹³ So werden die eingeschränkten Erfolge der Kapitalisierung und der zunehmende Einfluss ausländischer Gesellschaften auf Förderung und Vermarktung der fossilen Energieträger gemeinsam wahrgenommen.

Zunehmende Partizipation der Bevölkerung

Bereits seit den siebziger Jahren werden Fragen der nationalen Energiegewinnung und -Vermarktung in der Öffentlichkeit diskutiert. Doch stehen in den achtziger und neunziger Jahren eher andere Themen im Vordergrund, wie z.B. die Demokratisierung sowie später die Coca / Kokain-Produktion und die politische Artikulation der Indigenen im Hochland. Erst Ende der neunziger Jahre verdrängen die Ressourcen- und Energiefragen und die damit verbundenen Autonomiebestrebungen der produzierenden Departements die anderen Topthemen. Hat man in früheren Generationen vom Erdöl als dem „Blut der Nation“ gesprochen, so ist jetzt von Gas als dem „Sauerstoff der Nation“ die Rede. Der Gasfrage widmen sich nun die gleichen politischen Vertreter, die in der Cocafrage für Unabhängigkeit vom Ausland gekämpft haben. In den Medien geht man der Frage nach: Soll die wertvolle Ressource Naturgas in großen Mengen ausgeführt und damit die ererbte koloniale

¹² VIEFHUIS, Dalia, 2005, S. 34.

¹³ ORGÁZ G., Mirko, 2005, S. 342.

Abhängigkeit des Landes fortgeschrieben werden? Oder soll die Ressource nicht besser vor einer Ausfuhr weiter verarbeitet und veredelt werden?

Die Bevölkerung bringt sich mit großer Vehemenz in den Dialog ein. Ihre Aktionsbereitschaft ist allerdings zunächst in einer vermeintlichen Randfrage gefordert: Zwischen Jan. und April 2000 findet in Cochabamba der so genannte „Wasserkrieg“ statt.¹⁴ Die Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung und die Einbeziehung transnationaler Unternehmen führen hier zu einer ganzen Kette von Protestaktionen. Es gibt Straßensperren, nicht befristete Arbeitsniederlegungen und öffentliche Bürgerversammlungen. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Landes finden die unterschiedlichen Akteure der Zivilgesellschaft zu einem Paket gemeinsamer Aktionen zusammen. Es sind die städtischen Arbeiter, die Kleinbauern aus dem Umland, die indigenen Gruppen und die Markthändler/innen, die dem politischen System gemeinsam die Stirn bieten.¹⁵ Die Stadtverwaltung muss einlenken und sich auf einen Kompromiss einlassen.

Diese Erfahrung von erfolgreichem bürgerlichem Widerstand geht in die Protestaktionen des Okt. 2003 ein, wo die Bevölkerung von La Paz und El Alto eine Änderung des Gesetzes über Erdöl und Erdgas aus dem Jahre 1996 fordert. In der Woche vom 10. -18. Okt findet hier der so genannte „Gaskrieg“ statt. Mit der Forderung: „Erobern wir unser Gas zurück!“ opponiert die Bevölkerung gegen die Energie- und Ressourcenpolitik der Regierung.¹⁶ Die Kapitalisierung im Energiesektor und der übermäßige Einfluss der ausländischen Erdölfirmer, von den Demonstranten als „Ausverkauf des Vaterlandes“ bezeichnet, sollen zurückgenommen werden.

Nachdem die ersten Toten zu beklagen sind, kommt es zu einer Solidarisierung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die neben Nachbarschaftsvereinigungen, Studenten und Gewerkschaftern auch weite Teile der bürgerlichen Mittelschichten umfassen. Die Protestwelle richtet sich zunehmend gegen die Person des amtierenden Präsidenten Gonzalo Sanchez de Lozada, der weiterhin unnachgiebig gegen die Protestaktionen vorgehen lässt. Evo Morales, der Führer des MAS (Movimiento al Socialismo) und spätere Präsident, tritt bei diesen Auseinandersetzungen als einer der Sprecher der Demonstranten auf. Die ursprüngliche Forderung, dem bolivianischen Staat mehr Einfluss auf Gewinnung und Vermarktung von Erdöl und Erdgas zu geben, tritt nach einigen Tagen in den Hintergrund. Die Auseinandersetzung spitzt sich zu unter den Sprechchören der Demonstranten: „Verteidigung der Demokratie“ und „Abdankung des Mörders“. Nach acht Tagen tritt der Präsident ab und hinterlässt sein Amt dem Vizepräsidenten Carlos Mesa Gisbert. Der „Gaskrieg“ hat 67 Tote und 500 Verletzte gefordert.¹⁷

Der neue Präsident, der während der Protestaktionen verkündet hat: „Ich habe nicht den Mut zu töten“, greift in seiner Amtszeit die Energieprobleme auf. Sie erlangen den Rang einer nationalen Frage. Die Politik und die Medien diskutieren das Thema: Wie soll das in großen Mengen gefundene Erdgas gefördert, verarbeitet und exportiert werden? In der Öffentlichkeit werden verschiedene Exportwege über Peru oder Chile vorgestellt. Es gibt sogar Pläne, die

¹⁴ GARCÍA O., Alberto et al., *La "Guerra del Agua", Abril de 2000: la crisis de la política en Bolivia*, La Paz 2003, S. 55 f.

¹⁵ CALDERON G., Fernando, „Un siglo de Luchas Sociales“, in: CAMPERO P., Fernando (Edit.), *Bolivia en el Siglo XX*, La Paz 2000, S. 427 – S. 450

¹⁶ SUÁREZ, Hugo José, *Una semana fundamental. 10. – 18. octubre 2003*, La Paz 2003, S. 57 f.

¹⁷ ORGÁZ G., Mirko, *La nacionalización del gas. Economía, política y geopolítica de la 3era nacionalización de los hidrocarburos en Bolivia*, La Paz 2005, S. 152 f. Andere Quellen sprechen von mehr als 80 Toten.

eine Ausfuhr über einen Pazifikhafen nach Mexiko und in die Vereinigten Staaten vorsehen. Andere Pläne sprechen sich für eine petrochemische Weiterverarbeitung des Rohstoffs Gas in Bolivien aus.¹⁸

Den Menschen wird die Wirkung ihrer Demonstrationen immer bewusster. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2005 kommt es zu einer Reihe von Protestaktionen:

- Die Menschen gehen auf die Straße und rufen zum Streik auf, wenn Preiserhöhungen für Kochgas und Diesel anstehen
- Sie legen Straßensperren an und beginnen einen Hungerstreik, weil die zentrale Erdölsteuer nicht ordnungsgemäß an die Munizipien weitergeleitet wird.
- Campesinos besetzen ein Erdölfeld, da ihre Sammelrechte für Palmblätter¹⁹ gefährdet sind.

Referendum zur Energiepolitik (Juli 2004)

Etwa ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt lässt der neue Präsident Carlos Mesa Gisbert ein Referendum zu Fragen der nationalen Energiepolitik durchführen. (Abb. 7).²⁰ Es melden sich Kritiker aus allen Parteien, aus den Gewerkschaften und der übrigen Zivilgesellschaft, die bei den Fragen auch innere Widersprüche und versteckte Anliegen der Regierung beobachten. Doch dürfte diese Volksbefragung als eine Form der Partizipation der Bevölkerung bei wirtschaftspolitischen Themen bisher einmalig in Lateinamerika sein. Die Fragen des Referendums erstrecken sich auf folgende fünf Themen:²¹

1. Abschaffung des Gesetzes von 1996 (Für Ja stimmen: 68%)

Die Zustimmung bei dieser Frage ist überwältigend. Aber die Kritiker betonen, dass die alten Verträge mit den transnationalen Gesellschaften auch weiterhin (insgesamt 50 Jahre) Gültigkeit haben werden. Ein verändertes Gesetz kann nur bei neuen Verträgen Anwendung finden.

2. Staat als Eigentümer der fossilen Brennstoffe (auch nach der Förderung)²² (Ja: 72%)

Dieses ebenfalls sehr positive Ergebnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Staat über keine finanziellen Mittel verfügt. Auch wenn er für die aufbereiteten fossilen Brennstoffe verantwortlich werden sollte, kann er weder die ausländischen Investoren entschädigen noch die Industrialisierung des Naturgases finanzieren, geschweige denn neue Gasfelder erschließen.

3. Neugründung von YPFB (Ja: 67%)

Diese staatliche Behörde hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Funktionen eingebüßt. Sie vertritt lediglich noch die bolivianischen Aktionäre in den Aufsichtsräten der kapitalisierten Gesellschaften. Hier wird offensichtlich eine Neuorientierung der Aufgaben dieser Behörde gewünscht, die in jedem Falle auch Steuerungsaufgaben übernehmen soll.

¹⁸ So sollen z.B. die Komponenten Methan und Ethan über Diesel in elektrische Energie umgewandelt werden. Mit der Herstellung von Ammoniak, Fasern, Gummi und Plastik hofft man, Arbeitsplätze zu schaffen und Transportkosten zu senken. MIRANDA P., Carlos, 2005, S. 28.

¹⁹ Es geht um die Sao-Palme, aus der der berühmte Sombrero von Santa Cruz geflochten wird.

²⁰ EL DEBER, Santa Cruz, 18.7.05

²¹ SAGO-Informationszentrum, *Berichte und Analysen*, No. 138, Berlin 2004, S. 24 f.

²² Man spricht von „en boca de pozo“. Es handelt sich um die fossilen Energieträger (vom Bohrloch an), nachdem sie für den Transport aufbereitet wurden.

4. *Gas als strategische Ressource für den Zugang zum pazifische Ozean* (Ja: 39%)
Hier ist implizit ein Projekt angesprochen, bei dem Flüssiggas über einen Pazifikhafen (von Chile oder Peru aus) in die USA und nach Mexiko geliefert werden soll. Bei dem Ergebnis kommt die große Skepsis der Bevölkerung gegenüber einem Exportgeschäft in die USA zum Ausdruck
5. *Steuern und Lizenzgebühren für soziale Vorhaben und zur Schaffung von Arbeitsplätzen* (Ja: 44%)
Die Kritiker sehen hier die Gefahr, dass die transnationalen Gesellschaften weiter exportieren werden. Dann wird es auf bolivianischer Seite keine Industrialisierung geben. Bei dieser Frage sprechen sich die Menschen offenbar gegen einen direkten Export und für eine Verarbeitung des Rohstoffs Naturgas in Bolivien aus.

Insgesamt fällt bei diesem Referendum die hohe Zahl von weißen und ungültigen Stimmen ins Auge (22%-29%). Das zeigt, dass viele Gruppierungen die Art und die Intention der Fragen ablehnen. Bei den ersten drei Fragen stimmt die Bevölkerung mit einer 2/3 Mehrheit zu. Die beiden letzten Fragen bekommen dagegen nur eine Zustimmung von 39% bzw. 44%. Damit verweigern die Bürger/innen ihre Zustimmung gegenüber einem zweifelhaften Exportgeschäft. Weiterhin sprechen sie sich mit Nachdruck dafür aus, dass Rohstoffe möglichst im Lande verarbeitet werden sollen.

Diese Volksabstimmung kann sicher als Erfolg verbucht werden. Die differenzierte Beantwortung der Fragen macht deutlich, dass sich die Bürger/innen mit den Rohstoffthemen auseinander gesetzt haben. In einem Land mit 14% Analphabeten ist das keine Selbstverständlichkeit. Die Regierung hat die Einzelergebnisse als Zustimmung für ihre Politik gewertet. Doch ist es sicherlich noch höher einzuschätzen, dass die Menschen bei der Formulierung der Energiepolitik konsultiert worden sind und sich selbst eingebracht haben.

Im Mai 2005 wird als Ergebnis des Referendums ein modifizierter Gesetzesentwurf bewilligt. Er sieht eine Veränderung der Erdöl- und Gassteuern vor. So sollen die Regionalsteuern (Royalties) auf 18% angehoben und die zentrale Ertragssteuer auf 32% festgelegt werden. Für die Ausfuhr der fossilen Brennstoffe werden Grenzwerte formuliert, um damit den Eigenbedarf zu sichern. Vor allem sollen die Verträge mit den Ölfirmen zu Gunsten der Anteile des bolivianischen Staates nachgebessert werden. Das ist eine Aufgabe, die auf das künftige Kabinett (2006) zukommen wird.

Befragung zur Energiepolitik und zur staatlichen Einheit²³

Im August 2005 findet in Bolivien eine Befragung statt, die die Ausrichtung der Energiepolitik und die Zukunft der staatlichen Einheit miteinander verbindet. Schon die Konstellation der Fragen kann das Interesse wecken. Denn die Frage nach der Nationalisierung der fossilen Brennstoffe ist eingebettet in mehrere Themen zur nationalen Integration. Den Hintergrund dieses Fragenkatalogs bildet zum einen das Bestreben der Erdöl und Erdgas produzierenden Departements (Santa Cruz, Tarija), über die eigenen Ressourcen autonom entscheiden zu können. Zum andern spricht hieraus die Befürchtung der Hochlanddepartements, von wichtigen Ressourcen des Landes abgeschnitten zu werden. Bei

²³ Die Befragung wurde in der ersten Augustwoche 2005 bei 3.912 Personen in allen geographischen Regionen des Landes durchgeführt (in den Hauptstädten der Departements, in 14 mittleren Städten u. in 18 ländlichen Zentren).

der Erhebung geht es um die Zustimmung in drei Politikfragen und um die Einschätzung bezüglich der Entwicklung der nationalen Einheit.²⁴ Die Fragen lauten:

Sind Sie einverstanden mit

- einer departamentalen Autonomie,
- einer Nationalisierung der fossilen Brennstoffe,
- einer konstituierenden Versammlung?

Wie wahrscheinlich ist

- eine territoriale Trennung,
- eine größere ökonomische Krise,
- eine regionale Konfrontation
- oder ein Bürgerkrieg?

Eine Mehrheit spricht sich bei dieser Erhebung für eine Nationalisierung der fossilen Brennstoffe aus (Ja: 51%; Nein: 11%). Ein hoher Anteil (39%) möchte sich aber nicht festlegen und signalisiert: Eine bessere Information ist von Nöten.²⁵ Es ist allerdings beunruhigend, dass fast die Hälfte der Bevölkerung (45%) eine regionale Konfrontation und fast ein Fünftel der Bevölkerung (18%) einen Bürgerkrieg für sehr wahrscheinlich halten. Diese Ergebnisse sind umso aussagekräftiger, als sie unabhängig von der regionalen Herkunft der Befragten zutreffen.

Formen der Partizipation

So lassen sich verschiedene Formen der Beteiligung der Bevölkerung in Bezug auf den Erdöl- und Erdgassektor festhalten:

1. Beteiligung bei der Kapitalisierung

Die Arbeiter der Ölfirmen sind Mitaktionäre und haben Vertreter in den Gremien dieser Gesellschaften. Mit seinem Aktienanteil vertritt der Staat die Bürger/innen. Zudem kommt ein jährlicher Rentenbonus allen Bürgern/innen, die >65 Jahre alt sind, zugute.

2. Gasreferendum (Juli 2004)

Die Bürger/innen erhalten die Möglichkeit, ihre Meinung zu fünf Fragen der staatlichen Energiepolitik zu äußern.

3. Massendemonstrationen

Im April 2002 und im Oktober 2003 kommt es im Hochland zu mehrtägigen Massendemonstrationen. Es ist vom Wasser- und Gaskrieg die Rede.

4. Hungerstreiks /Straßensperren /Besetzungen

Die Bevölkerung reagiert mit Protestaktionen bei Erhöhung der Energiekosten oder bei der Diskussion um die Zuweisung der Energiesteuern. Es werden zudem Ölfelder und Pumpstationen besetzt, um andere politische Ziele durchzusetzen.

5. Protest bei Verletzung von Ökostandards

²⁴ Die Aspekte zur nationalen Integration werden kommentiert in SCHOOP, Wolfgang, *Regionale Disparitäten. Ausdruck einer unharmonischen Entwicklung*, In: Bericht zur Konferenz: „Bolivien – Ein Land „fuera de servicio“. Schlüsselfragen für die Zukunft des Andenstaates.“ Köln, 11.-13.11.05.

²⁵ Es wird explizit angekreuzt: „Prefiero estar mejor informado.“

Indigene Gruppen aus der Chiquitanía setzen sich durch, als eine Gaspipeline durch ihre Schutzgebiete gezogen wird. Sie erreichen als Entschädigung die Auflage eines regionalen Entwicklungsfonds.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 18. Dez. 2005 erhält die Partei des Movimiento al Socialismo (MAS) die absolute Mehrheit. Es wird für die neue Regierung nicht einfach sein, die Forderungen des Wahlkampfes: Unabhängigkeit beim Coca-Anbau und Nationalisierung des Energiesektors umzusetzen. Gilt es doch, die Einheit des Landes zu bewahren und die Glaubwürdigkeit bei den internationalen Institutionen sicher zu stellen.

Literatur:

1. ANGULO, Gildo, “Proyecto Pacífico – LNG (Exportación de Gas Natural a Norteamérica)”, in: *Artículo Primero. Revista de Debate Jurídico y Social* (La Paz 2004), Jg. 8, No. 15, El gas y el destino de Bolivia, S. 377 – 384.
2. DE LA FUENTE, José / VILLARROEL Elena K., *Guía de derechos para enfrentar operaciones petroleras*, CEJIS, Cochabamba 2003.
3. CALDERON G., Fernando, “Un siglo de Luchas Sociales”, in: CAMPERO P., Fernando (Edit.), *Bolivia en el Siglo XX*, La Paz 2000, S. 427 – S. 450.
4. CORTÈS F., Jorge / TITO V., Henry, “La Resistencia Indígena Chiquitanía a las Operadoras Multinacionales ENRON y SHELL” in: *Artículo Primero. Revista de Debate Jurídico y Social* (La Paz 2004), El gas y el destino de Bolivia, Jg. 8, No. 15, S. 351 – 356.
5. FES (Friedrich-Ebert-Stiftung), ILDIS et al., *Municipalización: diagnóstico de una década. 30 investigaciones sobre Participación Popular y Descentralización*, 2 Bde., La Paz 2004.
6. GUEVARA A., Walter, “La salida al mar es por Arica: Perú tiene la carta ganadora del puerto”, in: *Artículo Primero. Revista de Debate Jurídico y Social* (La Paz 2004), Jg. 8, No. 15, El gas y el destino de Bolivia, S. 385 – 388.
7. GARCÍA O., Alberto et al., *La “Guerra del Agua” Abril de 2000, La crisis de la política en Bolivia*, PIEB, La Paz 2003.
8. IBCE (Instituto Boliviano de Comercio Exterior), *Compendio Estadístico de Comercio Exterior. Bolivia 1980 – 2002*, La Paz 2003.
9. MESA DE, José / GISBERT, Teresa / MESA G., Carlos D., *Historia de Bolivia, Quinta edición actualizada y aumentada*, La Paz 2003.
10. Ministerio de Desarrollo Sostenible y Planificación et al., *Lineamientos de Políticas de Ordenamiento Territorial en Bolivia*, La Paz 2001.
11. MIRANDA P., Carlos, “Del Descubrimiento Petrolífero a la Explosión del Gas”, in: CAMPERO P., Fernando (Edit.), *Bolivia en el Siglo XX*, La Paz 2000, S. 241 – 267.
12. MIRANDA P., Carlos, “Cincuenta años de legislación petrolera en Bolivia”, in: *Tinkazos* (La Paz 2005), Jg. 8, No. 18, S. 9 – 29.
13. ORGÁZ G., Mirko, “La Guerra del Gas en Bolivia y los Nuevos Movimientos Sociales”, in: *Artículo Primero. Revista de Debate Jurídico y Social* (La Paz 2004), Jg.8, No. 15, El gas y el destino de Bolivia, S. 339 – 346.
14. ORGÁZ G., Mirko, *La nacionalización del gas. Economía, política y geopolítica de la 3era nacionalización de los hidrocarburos en Bolivia*, La Paz 2005.
15. PACHNER, Heinrich / SCHMID, Andreas, „Bolivien. Potenziale und Probleme eines südamerikanischen Entwicklungslandes“, in: *Geographische Rundschau* (2004), Bd. 56, 3, S. 59 – 64.

16. PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) (Coord. GRAY M., George), *Informe Temático sobre Desarrollo Humano. La economía más allá del gas*, La Paz 2005.
17. SAGO-Informationszentrum, *Berichte und Analysen*, No. 137 -143, Berlin 2003 – 2005.
18. SUÁREZ, Hugo José, *Una semana fundamental. 10. – 18. octubre 2003*, La Paz 2003.
19. VIEFHUIS, Dalia, *Diez años de capitalización y su impacto en el desarrollo de Bolivia: El ejemplo del sector de los hidrocarburos*, (RENACE Manuskript), La Paz 2005.
20. ZARATTI S., Francesco, “Reservas y Mercados del Gas Natural Boliviano”, in: *Artículo Primero. Revista de Debate Jurídico y Social* (La Paz 2004), Jg. 8, No. 15, El gas y el destino de Bolivia, S. 221 – 231.